

DOZENTENVERTRAG

ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG VON FORTBILDUNGEN

zwischen

dem **Deutsches Rotes Kreuz e.V.**,

vertreten durch den Vorstand,

dieser vertreten d.d. Vorsitzenden (Generalsekretär) Christian Reuter,

Carstennstraße 58, 12205 Berlin,

- nachfolgend "**Auftraggeber**" genannt -

und

N.N.

- nachfolgend "**Auftragnehmer/Auftragnehmerin**" genannt -

- Auftraggeber und **Auftragnehmer/Auftragnehmerin** nachfolgend
auch die "**Vertragsparteien**" genannt -

wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) **Der Auftragnehmer/Die Auftragnehmerin** wird für den Auftraggeber folgende Leistungen erbringen:

Er/Sie wird zwei mehrtätige Schulungen à 12 Unterrichtseinheiten je 60 min, sowie einer anschließenden begleiteten Selbstlernphase mit insgesamt 5 Unterrichtseinheiten je 60 min zuzüglich Pausen zum Thema „Onlineberatung von und für Jugendliche“ für ca. 20 Teilnehmenden je Durchgang durchführen. Ist die Teilnehmendenzahl zu niedrig, vereinbaren die Vertragsparteien, dass das Seminar verschoben wird. Hierüber muss bis 11. Oktober 2023 eine Mitteilung an **den Auftragnehmer/die Auftragnehmerin** durch den Auftraggeber erfolgen. Ein neuer Termin für das Seminar wird im Einvernehmen zwischen den Vertragsparteien bestimmt. Zielgruppe des Seminars sind Jugendliche zwischen 16- 20 Jahren die sich erstmalig mit dem Thema Onlineberatung und Peer-Beratung befassen und perspektivisch ehrenamtlich anderen Jugendliche im Rahmen des Projektes „RealTalk“ beraten werden

- (2) Im Mittelpunkt des Seminars stehen folgende Inhalte: (**ergänzen**)

- (3) Das Seminar findet als Blenden-Learning-Format statt. Das Seminar wird mit der Software (ergänzen) durchgeführt. Der Auftragnehmer/Die Auftragnehmerin stellt die Software zur Verfügung.
- (4) Die Teilnehmenden an der Fortbildung erhalten vom Auftragnehmer/von der Auftragnehmerin ein Handout sowie Ergebnisprotokolle. Im Handout wird die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip beachtet und es wird in geschlechterneutraler Sprache abgefasst.
- (5) Der erste Durchgang der Schulung findet präsenz oder online im Rahmen einer Projektwoche an einem Düsseldorfer Berufskolleg vom 22. November 2023 bis zum 24. November 2023 jeweils von (Uhrzeit ergänzen) (incl. Pausen) statt. Der zweite Durchgang findet in Präsenz vom 24.11. 2023 bis zum 26.11. in (Ort ergänzen) statt. Im Anschluss an diese Schulung findet die begleitenden Selbstlernphase für alle Teilnehmenden online statt.
- (6) Der Auftragnehmer/Die Auftragnehmerin übernimmt zudem die folgenden administrativen Leistungen:
- Abstimmung des konkreten Ablaufs aller Schulungen mit Mitarbeitenden aus dem DRK-Generalsekretariats und Kolleginnen der beteiligten DRK-Kreisverbände in Düsseldorf und Brandenburg
 - Bereitstellung und Zusendung eines Zugangslinks über eine DSGVO Plattform für die Online-Seminare
 - Bereitstellung der Handouts und ggf. Ergebnisprotokolle nach den jeweiligen Online-Seminaren
 - Bereitstellung der für die begleitete Selbstlernphase vorgesehenen Unterlagen und Aufgaben am Ende des ersten Seminars
 - Anfertigung und Bereitstellung von Zertifikaten über die erfolgreiche Teilnahme bei Teilnahme an mindestens 80% der Fortbildung
- (7) Der Auftragnehmer/Die Auftragnehmerin ist grundsätzlich verpflichtet, die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen zu erbringen. Nur in begründeten Ausnahmefällen kann er sich auf seine Kosten auch der Hilfe einer Vertretung als Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfe bedienen, soweit er deren fachliche Qualifikation zur Erfüllung dieses Vertrages sicherstellt, dieser gleichlautende Verpflichtungen aufgrund des vorliegenden Vertrages auferlegt und dem Auftraggeber hierdurch keine höheren Kosten erwachsen. Der Auftragnehmer/Die Auftragnehmerin bleibt in diesem Ausnahmefall für die ordnungsgemäße Erfüllung dieses Vertrages gegenüber dem Auftraggeber verantwortlich.
- (8) Der Auftragnehmer/Die Auftragnehmerin kann seine Tätigkeit nach Inhalt und Art und Weise selbst gestalten und die Arbeitszeit über die vereinbarten Termine hinaus selbst bestimmen. Er unterliegt keinem Weisungs- und Direktionsrecht seitens des Auftraggebers. Weisungsrechte des Auftraggebers bestehen auch nicht gegenüber Personen, die der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin gemäß Abs. 2 zur Vertragserfüllung einsetzt.
- (9) Als Vertragsbestandteile gelten neben diesem Vertrag:

- Die Ausschreibung des Auftraggebers bestehend aus der Aufforderung zur Abgabe des Angebots, der Leistungsbeschreibung und den Beilagen
 - dem Angebot des Auftragnehmers vom ... und den Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).
- (10) Etwaige Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden ausdrücklich nicht Vertragsbestandteil.
- (11) Ansprechpartner bei dem Auftraggeber für den Auftragnehmer ist XY

§ 2 Honorar

- (1) Für die Erbringung der gesamten vertraglichen Leistungen zahlt der Auftraggeber dem Auftragnehmer/der Auftragnehmerin als Vergütung ein Honorar in Höhe von

(Betrag ergänzen) €

Der Auftragnehmer ist selbstständig verantwortlich für die Versteuerung seines Honorars. Die Steuerpflicht geht zu Lasten des Auftragnehmers.

- (2) Das Honorar ist innerhalb von 14 Kalendertagen nach vertragsgemäßer Erbringung der in § 1 benannten Leistungen und Vorlage einer prüffähigen Rechnung zur Zahlung fällig. Die Zahlung erfolgt durch Überweisung auf das Konto des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin:

Bank: [Name der Bank]

BLZ: [Bankleitzahl]

Kontonummer: [Kontonummer].

- (3) Mit dem Honorar sind alle dem Auftragnehmer entstehenden Aufwendungen, insbesondere Reise- und Aufenthaltskosten, abgegolten.

§ 3 Ausfall des Vortrags, höhere Gewalt und Pandemieklausel

(1) Bei Unterschreitung der Mindestteilnehmerzahl oder Schließung/Störung des Veranstaltungsortes ist der Auftraggeber berechtigt, eine Veranstaltung abzusagen oder zu verlegen. In diesem Fall informiert der Auftraggeber den Auftragnehmer bis spätestens [Anzahl, z.B. zwei] Wochen vor dem Veranstaltungstermin. Ansprüche auf die Zahlung der Vergütung oder auf den Ersatz von Auslagen sind im Falle der Veranstaltungsabsage ausgenommen.

(2) Werden die Arbeiten durch den Eintritt höherer Gewalt unterbrochen, so werden die Parteien von den Verpflichtungen aus diesem Vertrag für diese Zeit befreit. Als höhere Gewalt zählt unter anderem bei bewaffneten Konflikten, Naturkatastrophen, Verfügungen von höherer Hand, Sabotage, Streiks und Aussperrungen, geologische Veränderungen und Einwirkungen. Ist die Erfüllung des

Vertrages insgesamt nicht mehr möglich, so können beide Parteien den Vertrag kündigen, wobei Schadensersatzansprüche ausgeschlossen sind.

(3) Bei einem Eintritt von höherer Gewalt verpflichtet sich jede Vertragspartei die andere sobald wie möglich darüber zu unterrichten und alle notwendigen Einzelheiten zur Verfügung zu stellen. Die Parteien verpflichten sich über die möglichen und notwendigen Maßnahmen in einem solchen Fall zu beraten.

(4) Werden die Parteien bei der Erfüllung ihrer vertraglichen Leistungen durch Auswirkungen, die direkt oder indirekt im konkreten Zusammenhang mit dem Corona-Virus (Covid 19) oder anderen Epidemien oder Pandemien stehen beeinträchtigt, verpflichten sie sich hierüber die andere Vertragspartei unverzüglich in Textform zu informieren. Eine Verlängerung von Fristen ist in einem solchen Fall möglich, hat jedoch mit Rücksprache zu erfolgen, kann aber zu keinem Rücktrittsrecht oder Schadensersatzanspruch der anderen Vertragspartei führen. Beide Parteien verpflichten sich, ihr Möglichstes zur Schadensminderung zu unternehmen.

(5) Eine Beeinträchtigung nach Absatz 3 liegt insbesondere vor, wenn

- der Betrieb oder ein Teil des Betriebs einer Vertragspartei von Quarantänemaßnahmen betroffen ist,
- behördlich angeordnete Betriebsschließungen, Ausgangssperren, Reiseverbote oder Auslands-Rückkehr-Gebote ausgesprochen werden,
- aufgrund von Einreisesperren oder anderweitiger behördlicher Maßnahmen Lieferketten unterbrochen werden und daher Material oder Dienstleistungen nicht zur Verfügung stehen,
- der Betrieb oder ein Teil des Betriebs einer Vertragspartei aufgrund des Infektionsgeschehens nicht arbeitsfähig ist oder sich in Quarantäne befindet.

(6) Beide Vertragsparteien sind bei einer andauernden Unterbrechung oder Beeinträchtigung von über 12 Monaten berechtigt gänzlich oder teilweise den Vertrag zu kündigen, ohne dass der anderen Vertragspartei hieraus Ersatzansprüche abgeleitet werden können.

§ 4 Laufzeit und Beendigung des Vertrages, Ausfall und Verlegung des Seminars

- (1) Der Vertrag tritt ab Unterzeichnung in Kraft und endet mit der Erbringung aller geschuldeten Leistungen, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf.
- (2) Der Vertrag kann außerordentlich aus wichtigem Grund, insbesondere bei grober Pflichtverletzung oder Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Leistungserbringung vom Auftraggeber außerordentlich und fristlos gekündigt werden. Im Falle einer Kündigung nach Absatz 2 hat der Auftragnehmer keinen Anspruch auf die in § 2 Absatz 1 vereinbarten Vergütung. Bereits erhaltene Vergütungen sind vom Auftragnehmer an den Auftraggeber zurückzuzahlen. Der Erstattungsbetrag zu Gunsten des Auftraggebers ist mit einem Zinssatz von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz per annum ab dem Zeitpunkt der Zahlung durch den Auftraggeber zu verzinsen.

- (3) Kündigungen bedürfen der Schriftform. Unter Schriftform verstehen die Vertragsparteien ein Dokument mit eigenhändiger Unterschrift vom jeweiligen Vertretungsberechtigten, welches der anderen Vertragspartei im Original zuzustellen ist.
- (4) Bei Beendigung dieses Vertrages ist der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin verpflichtet, dem Auftraggeber sämtliche ihr zur Erfüllung dieses Vertrages zur Verfügung gestellten Gegenstände, Unterlagen und Daten, einschließlich etwa hiervon gefertigter Kopien, herauszugeben.
- (5) Stornierungen: Folgende Stornohonorare werden vereinbart: Bei einer seitens des Auftraggebers zu vertretenden Absage weniger als 07 Tage vor dem vereinbarten Trainingstermin fallen 90% des Honorars (sog. Stornohonorar) an; 14 Tage vor dem vereinbarten Trainingstermin fallen 70% des geschuldeten Honorars an; 30 Tage vor dem vereinbarten Trainingstermin fallen 50% des geschuldeten Honorars an und 6 Wochen vor vereinbarten Trainingstermin fallen keine Honorarkosten an. Wenn der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin einen abgesagten Termin anders vergeben kann, wird kein Stornohonorar berechnet.

§ 5 Urheberrecht

- (1) Soweit das Handout Urheberrechtsschutz genießt, räumt der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin dem Auftraggeber unwiderruflich das einfache, zeitlich, inhaltlich und örtlich unbeschränkte, übertragbare Nutzungsrecht für alle in den §§ 15 bis 24 UrhG genannten Nutzungsarten ein, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Ein Anspruch auf gesonderte Vergütung für die Einräumung dieses etwaigen Nutzungsrechts besteht nicht. Die Einräumung dieses etwaigen Nutzungsrechts ist durch das Honorar abgegolten.
- (2) Der Auftraggeber ist berechtigt, einfache, räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkte Nutzungsrechte an der schriftlichen Zusammenfassung bzw. dem Handout dem Zuwendungsgeber einzuräumen. Der Auftraggeber ist berechtigt, Nutzungsrechte gemäß Absatz 1 auch sämtlichen Mitgliedsverbänden, insbesondere sämtlichen Landesverbänden und dem Verband der Schwesternschaften vom DRK sowie den in diesen zusammengeschlossenen Kreisverbänden, Ortsvereinen, Vereinigungen, Unternehmen oder Einrichtungen der in Satz 1 genannten Verbände, Vereine und Einrichtungen sowie sämtliche Verbände, Vereine, Unternehmen und Einrichtungen, die zumindest auch die Bezeichnung „Deutsches Rotes Kreuz“ tragen, zu übertragen.

§ 6 Schutzrechte Dritter

- (1) Der Auftragnehmer/Die Auftragnehmerin steht dafür ein, dass die vertragliche Leistung, einschließlich des Handouts für die Teilnehmenden frei von Schutzrechten Dritter ist, die ihre vertragsmäßige Nutzung durch den Auftraggeber ausschließen oder einschränken.

- (2) Werden nach Vertragsabschluss Verletzungen von Schutzrechten geltend gemacht und wird die vertragsmäßige Nutzung der vertraglichen Leistungen beeinträchtigt oder untersagt, ist der Auftragnehmer verpflichtet, nach Wahl des Auftraggebers entweder die vertragliche Leistung in der Weise zu ändern oder zu ersetzen, dass sie nicht mehr unter die Schutzrechte fallen, gleichwohl aber den vertraglichen Bestimmungen entsprechen, oder das Recht zu erwirken, dass die vertragliche Leistung uneingeschränkt und für den Auftraggeber ohne zusätzliche Kosten vertragsgemäß genutzt werden kann. Ist dies dem Auftragnehmer/der Auftragnehmerin binnen eines Zeitraumes von 20 Kalendertagen ab Geltendmachung der Schutzverletzung nicht möglich, so hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer/der Auftragnehmerin eine angemessene Nachfrist von mindestens 14 Kalendertagen zu setzen. Gelingt dies dem Auftragnehmer/der Auftragnehmerin auch nicht in dieser Frist, so kann der Auftraggeber ganz oder teilweise von diesem Vertrag zurücktreten oder die Herabsetzung der Vergütung verlangen und Schadensersatz oder Ersatz vergeblicher Aufwendungen verlangen. Eine Nachfristsetzung bedarf es nicht, wenn der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin offensichtlich nicht zur Mängelbeseitigung in der Lage ist oder die Mängelbeseitigung ablehnt.
- (3) Der Auftragnehmer/Die Auftragnehmerin übernimmt die alleinige Haftung und Rechtsverteidigung gegenüber denjenigen, die Verletzungen von Schutzrechten geltend machen. Der Auftragnehmer/Die Auftragnehmerin ist insbesondere berechtigt und verpflichtet, alle Rechtsstreitigkeiten, die sich aus diesen Ansprüchen ergeben, auf eigene Kosten durchzuführen und den Auftraggeber von jeglicher Inanspruchnahme durch Dritte auf erstes Anfordern umfassend freizustellen.
- (4) Der Auftraggeber wird von dem Auftragnehmer/der Auftragnehmerin unverzüglich schriftlich benachrichtigt, wenn gegen ihn Ansprüche wegen Verletzung von Schutzrechten geltend gemacht werden.

§ 7 Verschwiegenheit und Datenschutz

- (1) Die Vertragsparteien haben alle vertraulichen Informationen, die eine Vertragspartei von der anderen Vertragspartei erhält, vertraulich zu behandeln und ausschließlich zum Zweck der Leistungserbringung zu benutzen. Die Vertragsparteien schützen vertrauliche Informationen vor unbefugtem Zugriff und behandeln diese mit der gleichen Sorgfalt, die sie bei ihren eigenen, gleichermaßen vertraulichen Informationen anwenden, mindestens jedoch die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns. Eine Weitergabe der vertraulichen Informationen durch eine Vertragspartei an andere Dritte, insbesondere verbundene Unternehmen oder Lizenznehmer ist nur nach vorheriger, schriftlicher ausdrücklicher Zustimmung der anderen Vertragspartei zulässig.
- (2) Der Auftragnehmer/Die Auftragnehmerin stellt sicher, dass alle datenschutzrechtlichen Bestimmungen Beachtung finden.

§ 8 Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht

Gegen Ansprüche des Auftraggebers kann der Auftragnehmer/Auftragnehmerin nur mit einer unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenforderung aufrechnen. Zur Geltendmachung von Zurückbehaltungsrechten ist der Auftragnehmer/Auftragnehmerin nur aufgrund von Gegenansprüchen aus dem gleichen Vertragsverhältnis berechtigt.

§ 9 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags ganz oder teilweise unwirksam, nichtig oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, unwirksame oder nichtige Bestimmungen durch neue Bestimmungen zu ersetzen, die dem in den unwirksamen oder nichtigen Bestimmungen enthaltenen wirtschaftlichen Regelungsgehalt in rechtlich zulässiger Weise gerecht werden. Entsprechendes gilt, wenn sich in dem Vertrag eine Lücke herausstellen sollte.

§ 10 Schlussbestimmungen

- (1) Die Vertragsparteien sind sich einig, dass durch diesen Vertrag kein Dienstverhältnis im Sinne des Arbeits-, Versicherungs- und Steuerrechts begründet wird. Es werden daher keine Sozialleistungen gewährt. Der Auftragnehmer/Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, seine steuerrechtlichen Verpflichtungen selbstständig zu erfüllen. Dies ist bei der Kalkulation des Honorars berücksichtigt. Der Auftragnehmer/Die Auftragnehmerin ist nicht in die Betriebsorganisation des Auftraggebers eingegliedert. Er ist berechtigt, auch für andere Auftraggeber tätig zu werden. Das Auftreten am Markt zur Akquirierung anderer Auftraggeber ist dem Auftragnehmer/der Auftragnehmerin ohne Einschränkungen möglich.
- (2) Mündliche Abreden bzw. Nebenabreden zu dieser Vereinbarung bestehen nicht. Sämtliche Änderungen des Zeitplanes der Leistungen, des Umfangs der Leistung des Auftragnehmers oder bei Verringerung der Vergütung an den Auftragnehmer, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform unter ausdrücklicher Bezugnahme auf diese Vereinbarung. Dies gilt, soweit nicht die Einhaltung weitergehender Formvorschriften erforderlich ist. Als Textform reicht eine elektronische Übermittlung mit erkennbarer Signatur eines Vertretungsberechtigten aus. Für solche Änderungen ist auf Seiten des Auftraggebers die Teamleitung des Teams XX zur Unterzeichnung bevollmächtigt. Weitere, als vorab genannten beidseitigen Änderungen, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Unter Schriftform verstehen die Vertragsparteien ein Dokument mit eigenhändigen Unterschriften der jeweiligen Vertretungsberechtigten der Parteien. Dies gilt auch für die Abbedingung dieser Bestimmung selbst.
- (3) Für die Durchführung dieses Vertrages gilt ausnahmslos das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (4) Als ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag wird XX vereinbart.

Berlin, [Datum]

[Ort, Datum]

Deutsches Rotes Kreuz e. V.

MUSTER